

**Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)
am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**

SPRACHE – MIGRATION – INTEGRATION

Memorandum zum politischen Handeln

Eine der auffälligsten und gleichzeitig problematischsten gesellschaftlichen Folgen internationaler Migration ist die Entstehung von ethnischen Schichtungen: Ethnische und andere kulturelle Merkmale von Bevölkerungsgruppen verbinden sich systematisch mit Ungleichheiten in Bildung, Einkommen, Zugang zu den zentralen Institutionen und gesellschaftlicher Anerkennung. Ethnische Schichtungen gibt es in so gut wie allen Aufnahmeländern, wenngleich nicht alle Migranten oder immer dieselben ethnischen Gruppen betroffen sind. In Deutschland betrifft das Phänomen der ethnischen Unterschichtung insbesondere die Migranten türkischer Herkunft. Ethnische Schichtungen schränken nicht nur die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen zugewanderten Personen in den Aufnahmegesellschaften ein, sondern verhindern auch die Entfaltung der in der kulturellen Pluralisierung der Aufnahmegesellschaften angelegten produktiven Potentiale und können den sozialen Hintergrund für Konflikte bilden.

Für Entstehung und Fortbestand ethnischer Schichtungen spielen – wenngleich nicht nur und nicht unabhängig von möglichen anderen Einflüssen, wie etwa sozialen Distanzen oder Diskriminierungen – Kompetenzen in der jeweiligen Landessprache eine besondere Rolle. Über die herausragende Bedeutung der Sprache für die (intergenerationale) Integration von Migranten besteht mittlerweile Konsens. Weniger einhellig sind jedoch die Auffassungen über die Vorgänge und die sozialen Bedingungen des Zweitspracherwerbs sowie seine Auswirkungen auf Bildungserfolg und Integration in den Arbeitsmarkt. Zur Identifikation und Klärung des gegenwärtigen Kenntnisstandes hat die *Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI)* deshalb die wissenschaftlich tragfähigen Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Migration, Sprache und Integration sowie den Wirkungen bestimmter Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse und Bildungschancen der Migranten und ihrer Kinder bilanziert:

- Hartmut Esser, Migration, Sprache, Integration, AKI-Forschungsbilanz 4, Berlin 2006.
- Karen Schönwälder, Janina Söhn, Ines Michalowski, Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland, AKI-Forschungsbilanz 3, Berlin 2005.
- Janina Söhn, Zweisprachiger Schulunterricht für Migrantenkinder. Ergebnisse der Evaluationsforschung zu seinen Auswirkungen auf Zweitspracherwerb und Schulerfolg, AKI-Forschungsbilanz 2, Berlin 2005.

Für die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Aufnahmegesellschaften haben den in den Forschungsbilanzen dokumentierten Ergebnissen nach sprachliche Fertigkeiten in

der Tat eine überragende Bedeutung. Ungeachtet zunehmender internationaler Verflechtungen und eines breiten Konsensus über die Wertschätzung von kulturellem Austausch und Pluralität generell, sind mündliche und schriftliche Kompetenzen in der Landessprache für die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen nach wie vor entscheidend. In der Förderung des Erwerbs der Landessprache liegt daher eine Schlüsselstelle, auf die politische Interventionen, die vergleichbare Lebenschancen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund anstreben, in besonderem Maß Einfluss nehmen sollten und auch können. Was dafür zu tun wäre, lässt sich, wenigstens grundsätzlich und auch noch ohne unmittelbaren Blick auf die praktische Umsetzbarkeit im Einzelnen, auf Basis der zentralen empirischen Ergebnissen der Bilanzen bewerten, wobei nicht alle Bedingungen und Vorgänge politischen oder gesellschaftlichen Interventionen überhaupt bzw. in gleichem Maß zugänglich sind (wie die Bildungsverhältnisse in den Herkunftsländern, die individuellen Familienbiographien oder die linguistischen Distanzen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland).

Bei der Bewertung von Wirksamkeit und Folgen der Anwendung oder Unterlassung unterschiedlicher Maßnahmen zur Förderung des Zweitspracherwerbs wie auch für den sprachlich vermittelten Schulerfolg und die Integration in den Arbeitsmarkt, sind – wie allgemein für die Vorgänge der Integration von Migranten – Prozesse der wechselseitigen Verstärkung schlechter und guter Bedingungen besonders zu beachten: Schlechte Bedingungen, wie eine geringe Bildung der Eltern, wirken sich unter weiteren nachteiligen Bedingungen, wie einer schlechten Ausstattung und geringen Unterrichtsqualität in den Schulen, bei den (Migranten-)Kindern einerseits besonders stark aus. Andererseits kommt die Verbesserung schon einzelner schlechter Umstände den benachteiligten (Migranten-)Kindern besonders zu Gute. Unter förderlichen Bedingungen verringern sich Nachteile, die sich aus Migrationsbiographie und Sprachdifferenzen ergeben, signifikant, wobei die Kinder mit Migrationshintergrund gewinnen, ohne dass andere Kinder verlieren.

Angesichts wachsender internationaler Austauschprozesse und Migrationsbewegungen ist davon auszugehen, dass in der in Deutschland lebenden Bevölkerung dauerhaft signifikante Minderheiten eine andere Muttersprache als Deutsch sprechen und als Neuankömmlinge oder als nur zeitweise in Deutschland Lebende die deutsche Sprache nur unvollkommen beherrschen werden. Insbesondere das Bildungssystem, als die Schlüsselstelle zur Vermittlung von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, muss sich auf die eingetretene, sich immer wieder neu reproduzierende und daher als dauerhaft anzusehende kulturelle Pluralisierung und die damit verbundenen Sprachprobleme bewusst und mit Nachdruck einstellen. Politische Interventionen etwa über das Bildungssystem müssen und können die Ziele der strukturellen Integration und der kulturellen Pluralität mit ihren ethnischen Identitäten und Vergemeinschaftungen gleichermaßen und vereint unterstützen, ohne sozialer Segregation und ethnischer Schichtung den Weg zu bahnen. Die Akzeptanz solcher Interventionen wird in dem Maße steigen, in dem deutlich wird, dass kulturelle Vielfalt und die Nutzung ihrer Potentiale allen Gruppen der Gesellschaft nutzen.

Die folgenden Feststellungen und Empfehlungen beziehen sich auf den spezifischen Zusammenhang von Sprache und struktureller Integration und den hierzu vorliegenden, in den drei AKI-Forschungsbilanzen dokumentierten wissenschaftlichen Kenntnisstand. Sie sind geleitet

von dem Ziel, die (intergenerationale) strukturelle Integration erreichbarer zu machen und der Bildung ethnischer Schichtungen nachhaltiger entgegenzuwirken als bisher.

Zweitspracherwerb fördern und vielfältige formelle und informelle Lerngelegenheiten anbieten

Generell sollte im Rahmen der Integrationspolitik einer Förderung des Erlernens der Landessprache großes Gewicht zukommen, also die Motivation hierzu gestärkt und vielfältige formelle wie informelle Lerngelegenheiten angeboten werden.

Frühe interethnische Kontakte und Spracherwerb im Vorschul- und Schulbereich fördern

Der Erwerb vor allem mündlicher Kompetenzen in der Landessprache hängt wesentlich von den alltäglichen Gelegenheiten und sozialen Kontakten ab. Um den informellen Erwerb der Landessprache zu erleichtern, sollten, unabhängig von eventuellen Maßnahmen zugunsten von Erwachsenen, möglichst frühe interethnische Kontakte von Kindern konsequent gefördert werden. Im Rahmen staatlicher Integrationsmaßnahmen zugunsten von Migrantenkindern kann dies besonders innerhalb öffentlicher Institutionen, also im Vorschul- und Schulbereich, geschehen.

Ethnische Segregation mit Problemkonzentrationen vermeiden

Da mit einer Migrationsbiographie häufig spezifische Sprach- und Bildungsprobleme verknüpft sind, sollte angestrebt werden, besonders hohe Konzentrationen von Migrantenkindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, in Kindergärten und Schulen zu vermeiden, ihnen entgegenzuwirken oder zumindest eine weitergehende Segregation zu verhindern. Das gilt umso mehr, als sich gerade hier die Wirkungen schlechter Bedingungen kumulativ verstärken und schon die Verbesserung einzelner problematischer Umstände besonders den benachteiligten (Migranten-) Kindern hilft. Durch Maßnahmen wie die Freigabe der Grundschulwahl oder den zunehmenden Verkauf kommunaler Wohnungsbestände könnte die ethnische Segregation hingegen gerade verstärkt werden.

Konsequente Verbesserung der Ausstattung und Unterrichtsqualität in Schulen in problembelasteten Gebieten

Dies sollte insbesondere durch vor allem für die Unterrichtung von Deutsch als Zweitsprache ausgebildetes Personal und eine besonders intensive Unterstützung der Eltern von Migrantenkindern im Hinblick auf die Förderungen der Kinder durch Kindergartenbesuch, Hilfe bei Sprach- und Unterrichtsproblemen und der Schulwahl erreicht werden.

Wirksamkeit aufwändiger Interventionsprogramme systematisch überprüfen

Konzepte und Angebote zur sprachlichen, schulischen und arbeitsmarktbezogenen Integration sollten systematisch ausgewertet und wirksame Angebote entwickelt werden. Maßnahmen wie z. B. (vor-)schulischer Förderunterricht in Deutsch als Zweitsprache, Bildungsberatung, bilinguale Unterrichtsmodelle etc. müssen insbesondere in Pilotphasen durch unabhängige Institutionen nicht nur im Hinblick auf ihre konzeptionelle Stimmigkeit, Umsetzung und Akzeptanz, sondern konsequent und methodisch aussagekräftig auf ihre Wirkung evaluiert

werden. Langfristig finanzierte Interventionsprogramme müssen auf den Ergebnissen derartiger Untersuchungen aufbauen. Auch für das seit 2005 in Deutschland für erwachsene (Neu-)Zuwanderer existierende (Sprach-)Kursprogramm gilt, dass ihm bislang keine gesicherten Erkenntnisse über die zu erwartenden Effekte auf Deutschkenntnisse und strukturelle Integration zugrunde liegen. Es wird dringend geraten, die dazu erforderlichen systematischen Studien mit geeigneten Methoden frühzeitig zu beginnen und die Fortführung bzw. einen denkbaren Ausbau der Programme an den entsprechenden Ergebnissen zu orientieren.

Einrichtung eines generationenübergreifenden Migrations- und Integrationspanels

In der Bundesrepublik Deutschland bedarf es dringend der (Dauer-)Beobachtung der Entwicklung des Migrations- und Integrationsgeschehens über eine entsprechende Langzeituntersuchung („Integrationspanel“) – wie es bereits der Zuwanderungsrat gefordert hat. Eine derartige Studie sollte die wichtigsten (alten, neuen und noch kommenden) Migrantengruppen in hinreichender Stichprobengröße umfassen. Begleitend sollte ein streng wissenschaftlich beratendes Gremium für die Migrations- und Integrationspolitik geschaffen werden. Beide Maßnahmen wären wichtige Voraussetzungen einer auf soliden Kenntnissen aufbauenden Politik.

Die Umsetzung der angeführten Empfehlungen ist ohne Zweifel nicht einfach. Spürbare Effekte sind auch hier ohnehin nur längerfristig zu erwarten. Die Chancen dafür liegen jedoch deutlich eher im Bereich des politisch Machbaren und humanitär Vertretbaren als bei Maßnahmen wie Versuchen der Auflösung ethnischer Konzentrationen in Wohngebieten oder der Beschränkung auf eine gezielte Anwerbung völlig „problemloser“ Migrantengruppen. Für die öffentliche Akzeptanz der vorgeschlagenen Maßnahmen ist der Hinweis besonders wichtig, dass die Verhinderung ethnischer Schichtungen ganz allgemein einem nicht hoch genug zu bewertendem kollektiven Gut dient: Sie ermöglicht die Nutzung der Potenziale der kulturellen Vielfalt, die Ausschöpfung der ethnischen Bildungsreserven und Talente sowie die nachhaltige Schwächung des wohl wichtigsten sozialen Hintergrundes für ethnische Konflikte und Gewalt, nämlich der strukturellen Marginalisierung der Migranten und ihrer Kinder.

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Prof. Dr. Hartmut Esser

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Prof. Dr. Amélie Mummendey

Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt

Priv. Doz. Dr. Karen Schönwälder

Dipl.-Soz. Janina Söhn

Steuerungsgruppe und wissenschaftliches Team der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Februar 2006